

Stadt gemeinsam gestalten! Neue Modelle der Koproduktion im Quartier

NATIONALE
STADTENTWICKLUNGS
POLITIK




Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung
im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



S. 8

INTRO

Zum Gemeinwohl: Dr. Peter Jakubowski empfängt die Leserinnen und Leser. Stephan Willinger und Lisa Schopp erzählen aus drei Jahren „Stadt gemeinsam gestalten!“. Und Stadtgeograph Dr. Olaf Schnur ist dem Quartiersbegriff auf der Spur.

S. 18

ALTENBURG

Stillstand: Dagegen stemmen sich die „STADTMENSCHEN“ im thüringischen Altenburg. Ein Netzwerk verschiedenster Akteure hat die Mittelstadt binnen dreier Jahre mit niedrigschwelligen Gemeinwohl-Projekten optimistischer gemacht.

S. 72

HANNOVER

Aus drei mach eins: Die „Gesellschaft für Außerordentliche Zusammenarbeit“ in Hannover nutzt die drei Stadtteile Linden, Limmer und Nordstadt als zusammenhängenden Aktionsraum für eine kooperative Quartiersentwicklung.

S. 124

MÜNSTER

Gemeinwohl im Vierteltakt: Das „Hansaforum“ in Münster hat für seine Stadtmacher-Initiativen rund um das Hafenquartier seinen eigenen Gemeinwohlindex entwickelt. Der ist schnell zur verlässlichen Leitschnur für viele Projekte geworden.

S. 174

NÜRNBERG

Wie Perlen einer Kette: Das ausgedachte neue „Quartier U1“ in Nürnberg verbindet unterirdisch und entlang der U-Bahn-Linie 1 eine Vielzahl von Orten – und definiert so einen neuen, zusammenhängenden Sozialraum.

S. 224

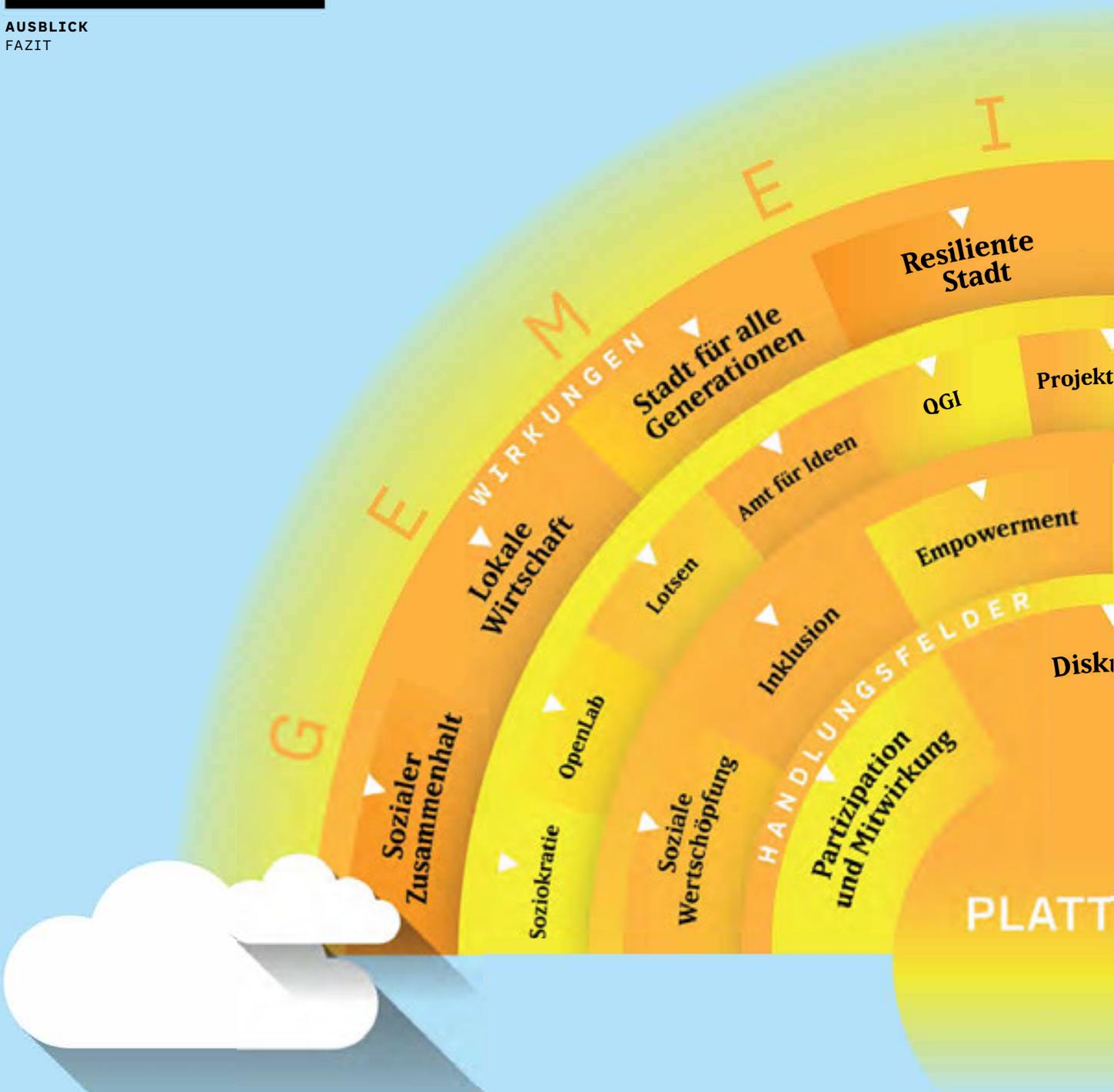
AUSBLICK

Zukunftsgedanken: Lisa Schopp und Stephan Willinger schreiben von der transformativen Kraft der Stadtmacher. Die „Urbane Liga“ fordert Experimentierraum in Städten. Und Harald Welzer träumt vom guten Leben – trotz dystopischer Aussichten.

M H A L T

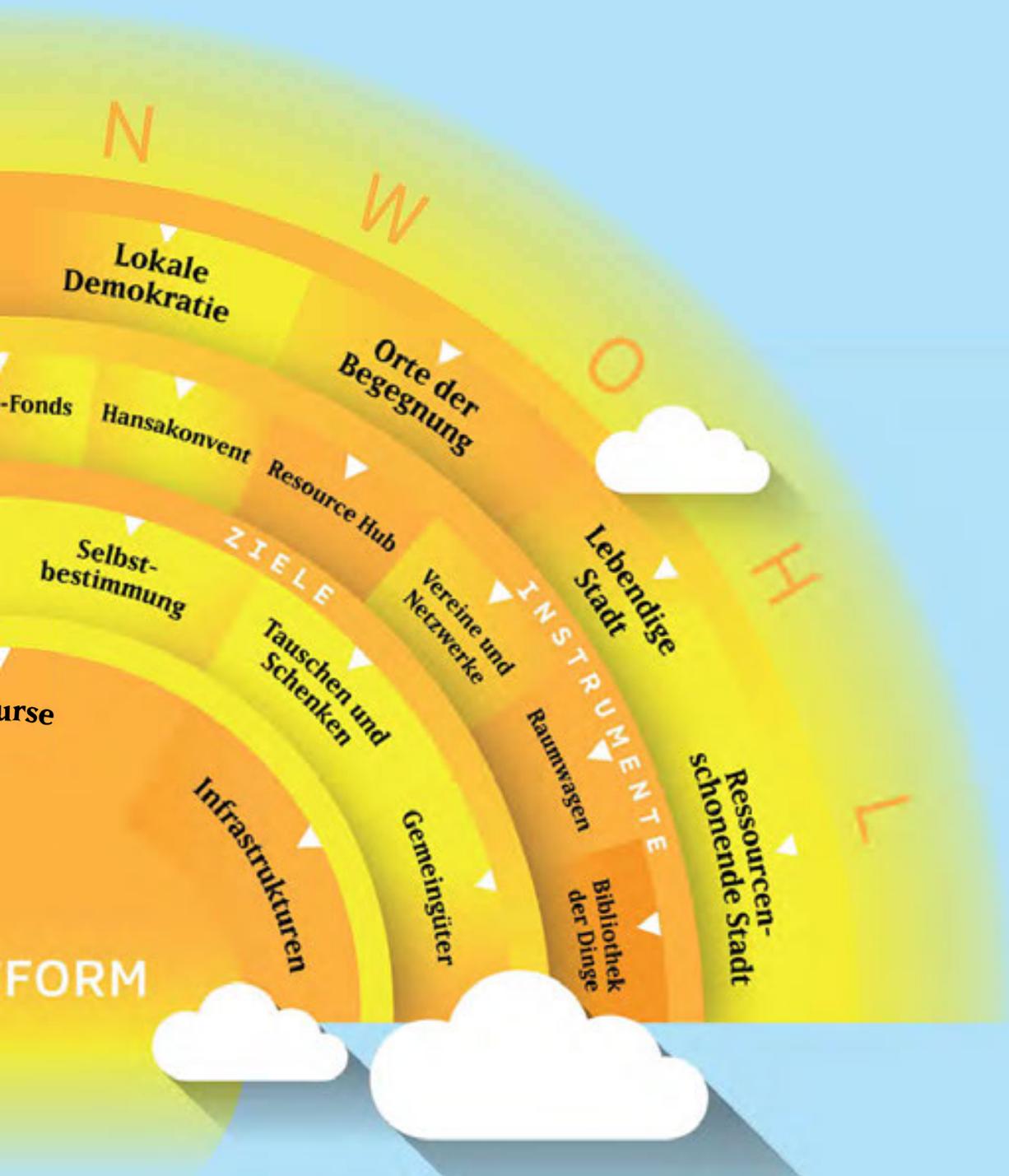
ZUKU
BEG
THE

INNET
INNET
UTE.



Die transformative Kraft der Stadtmacher

Ein Ausblick von **Lisa Schopp** und **Stephan Willinger**.



Was passiert, wenn Stadt- und Quartiersentwicklung einmal ganz anders gemacht wird, als es Lehrbücher und Planungspraxis uns seit Jahrzehnten vorschreiben? Sind die vielbeschworenen Potenziale zivilgesellschaftlicher Akteure für eine Transformation der Städte mehr als unbewiesene Hoffnungen? Die vier Pilotquartiere haben in den vergangenen drei Jahren gezeigt, wie neue Akteure unsere Stadtgesellschaften bereichern und unsere Quartiere lebendiger und widerstandsfähiger werden lassen. Ihre Initiatorinnen und Initiatoren nehmen sich der städtischen Herausforde-

rungen von Zusammenleben, Demokratie und Wohnen, von Mobilität und Klimawandel auf ungewohnte Art und Weise an. Charakteristische Merkmale ihrer Projekte sind die Offenheit und das Ausprobieren, die Fehlerfreundlichkeit und das Spielerische. Damit bieten sie vielfältige Inspirationen für ein neues Verständnis von demokratischer und gemeinwohlorientierter Stadtentwicklung. Und sie lenken den Blick darauf, dass die technisch saubere Ausführung nur ein kleiner Baustein von Stadtentwicklungsprozessen ist. Zuvor geht es um Werte, Ideen und um die Kommunikation darüber. →

„In kooperativen Prozessen können die Städte zentrale Herausforderungen wie Klimakrise, Digitalisierung und zunehmende sozio-ökonomische Disparitäten besser bewältigen.“

Durch die Unterstützung des Bundes im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik hatten die Akteure in den Pilotquartieren vielfältige Möglichkeiten, sich zu organisieren, bezahlte Stellen zu schaffen und sich zu qualifizieren. Dabei gewannen sie neues Wissen über die inneren und äußeren Merkmale der Herausforderungen, über Erfolge und Grenzen der herkömmlichen Lösungsansätze, über alternative Handlungsoptionen und ihre Bedingungen, über relevante Schnittstellen und Koordinationsaufgaben, über innovative Funktionalitäten, Produkte und Dienstleistungen sowie über die Möglichkeiten der strategischen Einbindung der etablierten Akteure. In ihren lokal verankerten sozialen Experimenten haben sie gemeinsame neue Routinen entwickelt und erprobt und Erfahrungs- und Lernräume geschaffen, um die erforderlichen Handlungskompetenzen auszubilden. Dies geschah nicht in einem kleinen, geschlossenen Kreis, sondern in offenen netzwerkartigen Prozessen. Durch dieses Vorgehen konnte sich die Breite der Initiativen vor Ort nach und nach vergrößern, vor allem haben sich aber die sozialen Beziehungen, die Definitionsmöglichkeiten und Machtverhältnisse zwischen etablierten Akteuren und den neuen Stadtmachern verschoben.

Trotzdem bleibt beim Blick zurück der deutliche Eindruck, dass selbst angesichts dieser untypisch guten Rahmenbedingungen das Stadtmachen zivilgesellschaftliche Gruppen im Moment noch vor extreme Herausforderungen stellt. Interne Herausforderungen wie der Aufbau einer dauerhaft funktionierenden Organisationsstruktur, die Wertschätzung des Ehrenamts sowie das Zusammenspiel aus Haupt- und Ehrenamt galt es ebenso zu bewältigen wie die Kooperation mit öffentlichen Akteuren oder den Zugang zu Räumen. Die meisten dieser Aufgaben haben die Projektträger schließlich bewältigt, in gerechten Aushandlungsprozessen, in bunten Allianzen, mit viel Nervenstärke und Durchhaltevermögen.

Durch diese urbane Praxis haben sie neue Handlungsformen erprobt, die in Zukunft für alle an Stadtentwicklung beteiligten Stadtmacher wichtig sein werden. Denn die etablierten Rollen des Planers als Moderator oder Koordinator raumbezogener Prozesse unterstützen nur unzureichend

die umfassenden Veränderungsprozesse, vor denen unsere Städte stehen. Sie sind zu passiv und zu konservativ darin, neue Perspektiven einzubringen und für den Wandel zu motivieren. Nur wenn Stadtentwicklung auch durch Menschen gemacht wird, die motivieren und inspirieren, vernetzen und kuratieren, spielen und herumsponnen, dann werden – dies zeigen die Ergebnisse der Pilotquartiere – auch nutzbare und lebenswerte Städte entstehen.

In den Pilotquartieren wurden neue demokratische Aushandlungsprozesse erprobt, um den Zugang zu und die Teilhabe aller an Leistungen der Daseinsvorsorge, öffentlichen Diensten, an öffentlichen Räumen und Infrastrukturen zu verbessern und die Balance zwischen öffentlichen und privaten Interessen auszugleichen. In solchen kooperativen Prozessen können die Städte zentrale Herausforderungen wie Klimakrise, Digitalisierung und zunehmende sozio-ökonomische Disparitäten besser bewältigen. Die Schwerpunktsetzungen waren dabei sehr unterschiedlich, je nach selbstdefinierter Aufgabenstellung der Stadtmacher: Mal ging es um neue Formen lokaler Demokratie in der Quartiersentwicklung, mal um stadtgesellschaftliche Aktivierung, mal um neue Organisationsformen oder den Aufbau einer Infrastruktur von Gemeingütern. Was hier unter Gemeinwohl verstanden wurde, war extrem vielfältig und reichte von der Befriedigung basaler Bedürfnisse bis zur globalen Nachhaltigkeit. So gibt es wenige gesellschaftlich relevante Themen, die nicht durch die ideenreichen Aktivitäten der Projektträger oder die durch Beratung und finanzielle Unterstützung ermächtigten Bürger aufgegriffen wurden.

Die neuen Akteure und ihre Methoden erzeugen aber auch neue Herausforderungen für Politik und Verwaltungen. Das ließ sich in den Pilotquartieren verfolgen, wenn nach und nach neue Kontakte entstanden, erste Skepsis überwunden und Richtlinien einmal wohlwollend interpretiert wurden. Die ehemaligen „Platzhirsche“ sind aufgerufen zuzuhören, zu begreifen, zu übersetzen und zu vermitteln, um Schnittstellen zwischen diesen „Welten“ aufzubauen. Die Publikation zeigt die verschiedenartigen ortsbezogenen Lösungen, die in Altenburg, Hannover, Münster und Nürnberg

entwickelt wurden, mal in engerem Kontakt mit der Verwaltung, mal sehr eigenständig und autonom, mit eher punktueller Kooperation.

Mit solchen Formaten entfernen sich Stadtplanung und Stadtentwicklung vom traditionellen Ideal eines linearen Prozesses, an dessen Anfang ein klarer politischer Auftrag und an dessen Ende eine passgenaue Umsetzung steht. Die Verantwortung wird in diesem neuen Modell auf mehreren Schultern verteilt, bewährte und neue Instrumente der Stadtentwicklung wie Partizipation und Koproduktion weiterentwickelt. Dass die Verbesserung von traditionellen Instrumenten keine ganz einfache Aufgabe ist, das mussten auch die Akteure in den Pilotquartieren lernen. So ist es auch mit sehr niedrigschwelligen Ansätzen in Münster nicht gelungen, marginalisierten Gruppen zur Mitwirkung zu verhelfen. Ein wirklicher Querschnitt durch die Gesellschaft konnte in keinem Pilotquartier erreicht werden. Doch es wurden vielfältige methodische Ansätze entwickelt, die Gruppe der üblichen Verdächtigen zu überschreiten, durch Fondsmodelle, aufsuchende Formate oder U-Bahn-Umfragen.

Die Pilotquartiere waren damit echte Experimentierfelder, wie sie jüngst in der Neuen Leipzig-Charta oder im Memorandum Urbane Resilienz gefordert wurden. Sie haben für sich und für andere selbst unter Pandemiebedingungen wichtige Erfahrungsräume des Empowerments und der Selbstwirksamkeit entstehen lassen. Weit jenseits von traditioneller Bürgerbeteiligung wurde hier Quartiersentwicklung aus der Stadtgesellschaft heraus initiiert und – vor den Augen stauender Politiker und Verwaltungen – selbstorganisiert umgesetzt: als strategisches Stadtmachen jenseits von Einzelprojekten. Auch über das Scheitern haben die Akteure im Buch berichtet. Und so schmerzlich dies im Einzelfall gewesen sein mag: Fehlerfreundliche und unperfekte Planungskultur und eine hohe Wertschätzung für den mutigen, aber gescheiterten Pionier, auch das sind wichtige Eigenschaften, die Stadtplaner von zivilgesellschaftlichen Projekten lernen können. ←●

Eine umfangreichere fachliche Auswertung der Pilotquartiere durch das BBSR erscheint in Kürze.



Die Urbane Liga

Unter dem Namen Urbane Liga haben sich junge Stadtmacher zu einem Bündnis zusammengeschlossen. Sie kommen aus ganz Deutschland und engagieren sich in ihren Städten meist ehrenamtlich in Projekten und Initiativen. Die Urbane Liga versteht sich als Projekt Netzwerk, das über die einzelnen Standorte hinaus wirkt. Sie entwickelt Konzepte, die helfen können, die Mitbestimmung und Mitgestaltung junger Menschen in der lokalen Stadtentwicklungspolitik zu stärken, und diskutiert zweimal im Jahr zusammen mit dem BMI (Staatssekretärebene) und BBSR, wie man diese umsetzen kann. Das Bündnis ist zugleich Ideenschmiede, Denklabor

und Lernplattform für unkonventionelle Beteiligungsformate. Gegründet wurde die Urbane Liga 2018 vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) und dem BBSR, unterstützt vom Büro stadttatstrand. Über einen Projektaufruf wurden dafür 40 junge Stadtmacher im Alter von 17 bis 27 aus 22 Städten ausgewählt. Die Projekte und Initiativen, die sie vertreten, sind so unterschiedlich wie die Städte, aus denen sie kommen. Diese verschiedenen Perspektiven flossen in ein Positionspapier ein, das sie mit Unterstützung aus Wissenschaft, Forschung und Verwaltung verfasst haben: den „Kodex Kooperative Stadt“.

„Statt Innenstädten gibt's Wälder“

Experimentierraum statt Profitmaschine: Die Stadt von morgen folgt nicht nur den Gesetzen des Wachstums, sondern bietet ihren Bewohnerinnen und Bewohnern Möglichkeiten der Mitgestaltung und fördert sozialen Ausgleich. Interview mit **Magdalena Jackstadt**, **Artur Meier** und **Franziska Ortgies** vom Alumninetzwerk der Urbanen Liga über die kooperative Stadt von morgen.

Ihr kommt aus verschiedenen Städten mit ganz unterschiedlichen Voraussetzungen. Ist das „Stadtmachen“ überhaupt vergleichbar?

Artur Meier (A-Team, Görlitz): Wir haben schnell gemerkt, dass sich die Erfahrungen von Initiativen ähneln, obwohl sie aus verschiedenen Kontexten kommen. Ob man aus strukturschwachen und schrumpfenden Städten wie Görlitz kommt oder aus wachsenden Großstädten wie Hannover – das sind verschiedene Perspektiven, aber die Herausforderungen sind überall ähnlich. Das festzustellen, war sehr motivierend. Wir alle wollen progressive Stadtentwicklung und haben uns in den unterschiedlichen Städten Möglichkeitsräume genommen. Jeder hat sein Stück Experimentierraum in der Stadt gesucht und gefunden. Das hat uns verbunden. Über die gemeinsamen Erfahrungen haben wir in der Urbanen Liga viel diskutiert und daraus den Kodex entwickelt.

Ihr habt euch im Kodex auf zehn Thesen geeinigt, die helfen sollten, ein neues Verständnis alternativer Stadtentwicklungspraktiken zu etablieren. Wie kann das in der Praxis gelingen?

Franziska Ortgies (Die Blaue Blume e.V., Friedrichshafen): Die Idee ist, dass Initiativen und Städte sagen, wir unterschreiben den Kodex und zeigen damit, dass wir eine kooperative Stadt sein wollen und gemeinwohlorientierte Stadtgestaltung unterstützen. Zusätzlich gibt es den „Letter to the Mayor“, ein Aufruf, mit dem Initiativen ihre Stadtspitze anschreiben können, um zu zeigen: So könnte eine kooperative Stadt aussehen, das sind unsere Vorstellungen, und darüber würden wir gerne mit euch reden.

Magdalena Jackstadt (Hannover Voids, Hannover):

Es gibt drei große Themen im Kodex: Das erste ist der Zugang zum Raum. Initiativen brauchen Flächen, die sie nutzen können, und die Möglichkeit, Dinge umzunutzen. Zwischennutzungsanträge sind in der aktuellen Form eine absolute Zumutung und machen es einem unnötig schwer. Auch in Erfahrung zu bringen, wem welche Flächen gehören und wen man ansprechen muss, ist fast unmöglich. Deshalb müssen Grundbücher öffentlich zugänglich werden.

Zweites Thema: Kommunikation – Gehör finden und als ernstzunehmende Partner wahrgenommen werden. Es fehlt in der Verwaltung an Zuständigkeiten für zivilgesellschaftliche Initiativen. Wir wissen oft nicht, an wen wir uns wenden können. Drittes Thema ist ein grundsätzlicher Perspektivwechsel: Ideen aus der Zivilgesellschaft sollten als Chance, als Motor für Innovation wahrgenommen werden.

Das hat alles mit Kommunikation zu tun und bedeutet letztlich mehr Arbeit für die Verwaltung. Wie soll das aufgefangen werden?

Magdalena Jackstadt: Runde Tische zu etablieren, ist eine Idee. Momente zu schaffen, in denen Initiativen mit verschiedenen Fachabteilungen der Verwaltung und möglichst auch der Politik zusammensitzen, um gegenseitiges Verständnis und Vertrauen aufzubauen. In Münster wurde das mit dem „Hansa-Gremium“ (siehe Seite 150) beispielhaft gelöst. Dort gibt es eine Art Bürgerhaushalt, bei dem Politik und Zivilgesellschaft gemeinsam über die Vergabe der Mittel entscheiden. Lokale Expertise ist wichtig, aber es braucht auch politische Akzeptanz. Auch Verwaltungslotsen oder 

Kodex Kooperative Stadt

Aufruf zur gemeinsamen Stadtgestaltung

Der **Kooperations Kodex** ist ein Positionspapier. Es vertritt die Interessen und Forderungen stadtgestaltender Initiativen. Damit sind all jene Akteur*innen gemeint, die sich als Gruppe zusammengeschlossen haben, um unkommerziell und gemeinwohlorientiert ihre Stadt mitzugestalten. Sie wollen aktiv das Stadtbild prägen – im Kleinen, wie im Großen. Sie setzen Impulse zu aktuellen Herausforderungen der Stadtentwicklung, bringen entsprechende Projekte voran und stoßen Debatten an.

Das Ziel des **Kooperations Kodex** ist es, die vielerorts im Kleinen besprochenen Themen auf eine gemeinsame Plattform zu heben. So soll mehr Sichtbarkeit und Aufmerksamkeit für die Arbeit der Initiativen geschaffen werden. Damit soll eine Grundlage für eine Verständigung zwischen neuen und alten Stadtentwicklungsakteur*innen, zwischen Expert*innen und Laien sowie zwischen Wissenschaft und Praxis geschaffen werden. Dadurch soll eine Haltung entwickelt werden und ein neues Verständnis alternativer Stadtentwicklungspraktiken etabliert werden.

Initiativen als Sprachrohr der Gesellschaft müssen als legitime Kooperationspartner*innen in der Stadtentwicklung beteiligt werden.

- In Initiativen organisierte Menschen besitzen grundsätzlich hohe Sachkenntnis über die spezifischen Kontexte und komplexen sozialen Gefüge im Umfeld ihrer Arbeit, beziehungsweise erwerben sie diese im Rahmen ihrer Arbeit. Sie sind damit als Expert*innen im Bereich der Beschleunigung von zugewiesenen und nicht zugewiesenen Flächen im Stadtraum zu behandeln, da sie innovative Ansätze aufzeigen und das städtische Zusammenleben prägen. Es gilt daher, dieses vorhandene Wissen, welches Initiativen mitbringen, als politische Arbeit anzuerkennen.
- Das heißt, vor Ort agierende Initiativen in die kommunalen Fachrunden von Verwaltung und Politik einzuladen. Hieraus folgt die Notwendigkeit einer gemeinsamen Planung anstelle einer ausschließlich beratenden Funktion von Initiativen. Eine angemessene Beteiligung solcher Gruppen und ihrer Arbeit schafft Akzeptanz für Projekte vor Ort und muss in den kommunalen Statuten der einzelnen Städte und Gemeinden anerkannt werden.

Kommunen sollen Initiativen dabei unterstützen, Räumlichkeiten für ihre Zwecke zu finden, zu nutzen und zu halten – egal, ob städtisches Eigentum oder Privateigentum.

- Initiativen benötigen Raum: Sei es für die Organisation oder für die Nutzung von Räumen als programmatischer Teil des Projekts. Hierfür sollen z.B. Leerstände und Brachflächen genutzt werden können, um sozio-kulturelle Zwischennutzung und prozessuale Nutzungsentwicklung zu ermöglichen. Entsprechenden Räume bringen einen Mehrwert für die Stadtgesellschaft, der Raum bekommt eine kurzfristige oder langfristige sinnvolle Verbesserung. Es soll daher gegen Eigentümer*innen, die von Leerstand profitieren wollen, vorgegangen werden. Im Rahmen der notwendigen Unterstützung gemeinnütziger Initiativen sollen diese Räume kostenlos, beziehungsweise zu günstigen Konditionen zur Verfügung stehen. Zudem muss es die Möglichkeit geben, sich bei der kommunalen Verwaltung über Leerstand zu informieren und Hilfestellung bei der Aneignung und Nutzung von Räumen zu erhalten.

Die Zusammenarbeit zwischen stadtgestaltenden, nicht-kommerziellen Initiativen und kommunalen Vertreter*innen aus Verwaltung und Politik bedarf gegenseitiger Wertschätzung und gegenseitigen Vertrauens.

- Die Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Initiativen, der Kommunalpolitik und der kommunalen Verwaltung beruht auf einer wechselseitigen Beziehung. Das bedeutet, dass ebendiese beteiligten Akteur*innen sich die Zeit nehmen, die jeweiligen vorhandenen Bedürfnisse und Situationen nachzuvollziehen und eine Bereitschaft zur Kooperation aktiv vertreten. Dafür ist eine Kommunikation auf Augenhöhe und gegenseitiger Respekt unabdingbar.
- Es muss eine alleseitig vertrauensbasierte, aber auch zuverlässige Grundlage geschaffen werden, die es Entscheidungsträger*innen erleichtert, Sonderlösungen und Experimente (auf stadträumlichen Flächen) zu zulassen. Vermittler*innen können in moderierender sowie vor- und nachbereitender Position eingesetzt werden, um einen unparteilichen Rahmen zu schaffen und den Austausch zu erleichtern.

Die Etablierung einer gemeinsamen und regelmäßigen Dialogkultur sollte Basis jeder Kooperation zwischen Initiativen und kommunalen Vertreter*innen aus Verwaltung und Politik sein. Ein Beispiel dafür wären ressortübergreifende Runde Tische, die Initiativen und Verwaltungen zusammenbringen.

- Stadtgestaltende Projekte fallen häufig nicht in klare verwalterische Zuständigkeitsbereiche und müssen daher für das gleiche Projektanliegen ämterübergreifend innerhalb der Verwaltung agieren. Dies führt dazu, dass bei der Umsetzung unterschiedliche Ansprechpartner*innen kontaktiert werden müssen. Werden die Antworten jeweils einzeln von den entsprechenden Fachämtern eingeholt, entstehen hierdurch lange Unterbrechungen in der Projektentwicklung, die meist ehrenamtlich von engagierten Einzelpersonen getragen wird. Um dieser Problematik entgegenzuwirken, kurze Wege zu schaffen sowie die Umsetzung unkonventioneller Lösungen direkt entwickeln, prüfen und planen zu können, sollten alle Beteiligten gemeinsam über offene Fragen sprechen können. Dies kann zum Beispiel an einem runden Tischen oder mittels anderer Kommunikationsprozesse und -formate mit Amts- und Projekt-

Die **Verfasser*innen** des Papiers sind verschiedene stadtgestaltende Initiativen, sowie Vertreter*innen aus Wissenschaft, Forschung und verschiedenen politischen Institutionen.

Die **Unterzeichner*innen** sind potenziell alle stadtgestaltenden Initiativen in Deutschland und alle diejenigen, die sich und ihre Werte im Papier wiederfinden.
Weitere Informationen unter www.urbane-liga.de

Freiwilliges Engagement ist grundsätzlich zu unterstützen! Solange dieses die demokratische Grundordnung nicht gefährdet und ihm keine rassistischen oder anderweitig diskriminierenden Wertvorstellungen zugrunde liegen.



-lotsinnen als zentrale Anlaufstelle für Initiativen wären hilfreich. Im Bereich Wohnen gibt es das schon: Stellen in der Verwaltung, die etwa von Wohngruppen angesprochen werden können und dann eine koordinierende Aufgabe übernehmen. Das könnte man auf andere Bereiche ausweiten.

Wie sieht euer Ideal einer kooperativen Stadt von morgen aus?

Artur Meier: Meine Vision ist eine Stadt, die auf sozialverträgliche Mieten, nachhaltige Bodenpolitik und breite Beteiligung und Mitgestaltung durch alle Stadtbewohnerinnen und -bewohner setzt. Im Vergleich zur jetzigen Situation bedeutete das eine andere Wichtung der Akteure: Der Einfluss von profitorientierten und auf stetiges Wachstum setzenden Akteuren ist zu groß und nicht zukunftsfähig. Weg von der Konkurrenz und hin zu einer kollektiv und kooperativ gemachten Stadt.

Franziska Ortgies: Nicht nur gemeinsam gucken, wie kommen wir heute an eine Fläche für Initiative X, sondern gemeinsam überlegen, wo soll die Stadt in zehn Jahren stehen? Wie können wir gemeinsam Orte des Experimentierens etablieren, obwohl Boden überall knapp ist? Wenn wir eine aktive Zivilgesellschaft wollen, eine gemeinwohlorientierte Stadt sein wollen, wie können wir dauerhaft Flächen sichern für Vereine und Initiativen? Die schon erwähnten Runden Tische sollten sich mehrmals im Jahr treffen und über solche Visionen sprechen, diese festschreiben und eben auch Experimentierräume etablieren. Ich bin optimistisch und glaube, Stadt wird besser, wenn Verwaltung und Initiativen kooperieren und gemeinsam vorgehen. Gerade jetzt für die Corona-gebeutelten Innenstädte könnten zivilgesellschaftliche Initiativen kreative Ideen für Nutzungen und Prozesse einbringen.

Magdalena Jackstadt: In meiner Stadt von morgen geht Partizipation über die Beteiligung bei Bauvorhaben hinaus. Sie gehört in jeden Lebensbereich und ist als ehrliche, wirkungsvolle Mitgestaltungsmethode zu verstehen. In meiner Stadt von morgen gibt es Zukunftsschutzgebiete als Pufferzonen für Sachen, die noch entstehen. Es gibt Zwischennutzungsmöglichkeiten und Experimentierräume – und statt Innenstädten gibt's Wälder. Das ist aber einer Perspektive aus Hannover und meine persönliche Meinung. Die Innenstadt hier ist furchtbar. Ich bin dafür, die plattzumachen und dafür einen Wald zu pflanzen.



LITERATURHINWEIS

Urbane Liga. Visionen für die koproduzierte Stadt von morgen, BBSR (Hg.), 2021. Printexemplar bestellbar und PDF zum Download unter: www.bbsr.bund.de.



FRANZISKA ORTGIES war Mitglied der Urbanen Liga 2018/2019. Nach ihrem Studium der Politik- und Verwaltungswissenschaften in Friedrichshafen hat es sie nach Berlin verschlagen. Dort studiert sie Historische Urbanistik an der TU Berlin, engagiert sich für Freiräume in der Stadt und ist in der Koordinierungsstelle des Netzwerk Immobilien e.V. tätig.



ARTUR MEIER war Mitglied der Urbanen Liga 2018/2019. Hat sich in Görlitz in der Jugendinitiative „A-Team“ engagiert und war mitverantwortlich für das Projekt „Moin! – Mobiler Infokiosk“, das mit aufsuchenden Formaten Abwanderung und eine Nix-los-Stimmung unter Jugendlichen anging. Mittlerweile studiert Artur Urbanistik an der Bauhaus-Universität Weimar.



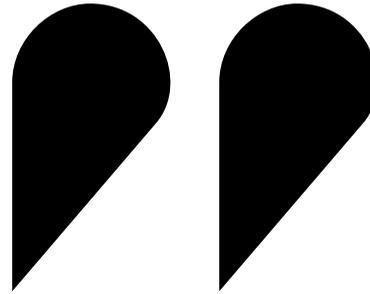
MAGDALENA JACKSTADT war Mitglied der Urbanen Liga 2018/2019. Nach ihrem Architekturstudium an der Leibniz Universität Hannover hat sie die Initiative Hannover VOIDS mitgegründet, die wenig genutzten Raum in der Stadt sichtbar macht. Zudem ist sie Mitgründerin der Gesellschaft für außerordentliche Zusammenarbeit.

Wir
müssen
nur
anfangen.

Mehr Zukunft wagen

Die Zukunft des Planeten ist zur Dystopie geworden. Doch wer die Welt von morgen gestalten will, braucht zunächst einen Traum vom guten Leben. Ein Plädoyer für die „modulare Revolution“.

Von Harald Welzer



Das vielleicht wirkmächtigste Merkmal der Moderne war, dass sie von einer imaginierten Zukunft getrieben war: Die Gesellschaft würde sukzessive bessere Lebensbedingungen für alle ihre Bewohnerinnen und Bewohner bereithalten. Und diese besseren Bedingungen würden sich in individuelle Lebenspläne, berufliche Aufstiege, Ehe- und Kinderwünsche übersetzen lassen: Wenn ich mich qualifiziere, kann ich aufsteigen; meine Kinder und Enkel werden einmal besser leben, als ich es konnte. Diese Zukünftigkeit war erlebbar, ein Element realer Erfahrung und Hoffnung, eine soziale Produktivkraft. Das Morgen, das war der Sound jener Epoche, würde besser sein als das Heute. Und es war erreichbar.

Inzwischen ist dieser Sound verklungen, und die Gegenwart hat sich nach vorn gedrängt – in einer Verschränkung von auf den ersten Blick sehr disparaten Gründen: Zum einen wurden in Zeiten des Hyperkonsums künftige individuelle und gesellschaftliche Ziele durch einen Sofortismus der unverzögerten Bedürfnisbefriedigung ersetzt; was ich sein will, bin ich in den sozialen Netzwerken und im Selfie, und zwar jetzt; was ich haben will, kann ich sofort bekommen, ohne Triebaufschub.

Zweitens hat die Digitalwirtschaft den Mangel an Zukünftigkeit kaschiert und ist wie der Igel im Märchen immer schon da, wo die Zukunft mit Namen Hase hinhetzt. Sie ersetzt, was unbestimmte Möglichkeit hätte sein können, durch Berechenbares, vom künftigen Konsum- und Wahlverhalten bis zur vorhergesagten politischen oder kriminellen Abweichung. Die digitale Zukunft ist nicht offen; sie besteht lediglich aus dem, was in einem binären Universum berechnet werden kann.

Und drittens hat seit dem Aufkommen der Umweltwissenschaften, der Erdsystem- und Klimaforschung, der Ökologiebewegung das Wissen um die erwartbare Zukunft des Planeten die Gestalt einer Dystopie angenommen, die auf keinen Fall eintreten darf. Diese Abwehr von Zukünftigkeit geht übrigens so weit, dass auch dort, wo wissenschaftlich nachgewiesen wird, dass „planetare Grenzen“ bereits überschritten seien, nicht die brennende Frage auftaucht, was es denn heißt, dass sie überschritten sind. →



FOTO: JENS STEINGÄSSER

ZUR PERSON

PROF. DR. HARALD WELZER ist Soziologe und Sozialpsychologe, Mitbegründer und Direktor von „Futur Zwei. Stiftung Zukunftsfähigkeit“. Er leitet das Norbert-Elias-Center for Transformation Design an der Europa Universität Flensburg, lehrt dort Transformationsdesign und als ständiger Gastprofessor Sozialpsychologie an der Universität Sankt Gallen. Er hat zahlreiche Bücher zu gesellschaftspolitischen Fragen und zur Nachhaltigkeit geschrieben, unter anderem „Klimakriege. Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird“, „Selbst denken. Eine Anleitung zum Widerstand“, „Die smarte Diktatur. Der Angriff auf unsere Freiheit“, zuletzt „Alles könnte anders sein. Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen“, alle erschienen im S. Fischer Verlag. 2019 hat er den „Rat für Digitale Ökologie“ gegründet. Daneben ist er Herausgeber von „tazFUTURZWEI. Magazin für Zukunft und Politik“. Die Bücher von Harald Welzer sind in 22 Sprachen erschienen.

Was folgt daraus für künftiges Handeln, künftige Möglichkeiten der Weltgestaltung? Die Uhr ist für Ökos seit Jahrzehnten auf „fünf vor zwölf“ stehengeblieben. Weitergehen darf sie nicht, denn nach High Noon folgt – was? Möglicherweise etwas, was man noch nicht kannte.

Man kann das zivilisatorische Projekt der Moderne aber nicht fortsetzen, ohne die Idee von einer Zukunft zu haben, die ein besseres Leben vorsieht als das, das heute zu haben ist. Ja, eigentlich ist der Traum vom guten Leben die Voraussetzung, dafür einzutreten, dass die Ungerechtigkeit und die Destruktivität der menschlichen Lebensform erfolgreich weiter zivilisiert und eben nicht weiter vertieft werden.

Zukunft lässt sich negatorisch nicht entwerfen, das geht nur mit positiven Bestimmungen. Und warum nicht? Eine Stadt ohne Autos ist auch ohne Klimawandel gut. Eine nachhaltige Almwirtschaft auch. Wälder zu pflanzen auch. Unter dem Titel „Der Mann ohne Zukunft“, fragt Claudius Seidl: „Was käme heraus, wenn wir mit größerem Aufwand daran arbeiten würden, uns ein besseres Leben vorzustellen? Wie wäre es, wenn wir an Zukunftsvisionen nicht deshalb arbeiteten, weil wir den Wald oder den Thunfisch oder das Klima retten wollen. Und auch nicht, weil wir uns verteidigen müssen gegen die Macht der großen Daten. Sondern weil wir uns ein besseres Leben als das, was wir führen, allemal vorstellen und mit aller Kraft anstreben können.“

Klar: Wir befinden uns in einem Epochenwechsel. Aber der ist nicht definiert von ominösen Dingen wie „Globalisierung“ oder „Industrie 4.0“ oder „Anthropozän“. Sondern von der Frage, ob er von rückwärtsgewandten, menschenfeindlichen, antimodernen Kräften gestaltet wird oder von jenen, die den Normalbetrieb zwar auch nicht fortführen wollen, aber die Moderne für ein entwicklungsfähiges Projekt halten. Und ihre zivilisatorischen Errungenschaften als Ausgangspunkt dafür nehmen möchten, mehr soziale Gerechtigkeit, mehr persönliche Autonomie, mehr verfügbare Zeit, weniger Gewalt und Zwang auf der Basis eines nachhaltigen Umgangs mit den natürlichen Voraussetzungen des Überlebens zu realisieren.

„Wir müssen endlich beginnen, realistisch zu werden. Und uns eine andere Wirklichkeit vorstellen.“

Die gegenwärtige Wirklichkeit bloß als einen Vorschlag betrachten

Momentan sieht unsere Wirklichkeit wie folgt aus: Weltweit läuft dieses gigantische Experiment, das von der Hypothese ausgeht, grenzenloses Wachstum sei auf einem begrenzten Planeten möglich. Experimente sind, wissenschaftstheoretisch gesprochen, dazu da, Hypothesen zu falsifizieren oder zu verifizieren, also in diesem Fall nachzuweisen, ob grenzenloses Wachstum möglich (verifiziert) oder unmöglich (falsifiziert) ist. Eine verantwortliche Versuchsleitung hätte schon vor längerer Zeit gesagt: „Super, wir können das Experiment jetzt abbrechen, es ist falsifiziert.“ Aber obwohl Dennis Meadows und seine Kollegen schon 1972 mit den „Grenzen des Wachstums“ eine überzeugende Falsifizierung vorgelegt haben, wird das Experiment fortgeführt, jedes Jahr mit größerer Intensität.

Betrachten wir also die gegenwärtige Wirklichkeit bloß als einen Vorschlag. Neben ihr gibt es jede Menge andere Vorschläge, die wir gründlich erwägen sollten. Denn den gegebenen Vorschlag anzunehmen, nur weil er da ist, hieße: Wir lassen uns auf ein Experiment ein, von dem sicher ist, dass es scheitern wird. Obwohl das Klima längst aus dem Takt ist, die Insekten sterben und mit ihnen die Vögel, obwohl Teile der Ozeane sich in tote Zonen verwandelt haben, noch bevor sie überhaupt erforscht worden sind, läuft das Experiment weiter, mit dem herausgefunden werden soll, ob man auf einer endlichen Welt unendlich expandieren kann. So betrachtet ist die gegebene Wirklichkeit und die mit ihr vorgeschlagene Lebensweise eine Illusion, und zwar eine gefährliche. Wir müssen daher endlich beginnen, realistisch zu werden. Und uns eine andere Wirklichkeit vorstellen.

Dabei wäre ein Pfadwechsel in eine nachhaltige moderne Gesellschaft vor vier, fünf Jahrzehnten ja genau dadurch einzuleiten gewesen, dass man eine weltweite Suche nach den ressourcenschonendsten Lebensstilen und Wirtschaftsweisen gestartet hätte. Damals gab es noch weit mehr davon. Dann hätte man vom Pekinger Fahrradverkehr so lernen können wie vom kubanischen Energiesystem, von indischer Ernährungsweise wie vom samoanischen Fischfang, von

Appenzeller Almwirtschaft genauso wie vom Bregenzerwälder Holzbau. Dann wäre tatsächlich eine Wissensgesellschaft entstanden. Aber anstatt sich an vorhandenen Wissensformen zu orientieren und sich durch Kombinatoriken von Wissensbeständen global klüger zu machen, hielt man am phantasiefreien Wachstumsdogma so lange fest, bis noch das letzte Land der Erde auf den wachstumskapitalistischen Weg eingeschwenkt war. Und alle börsennotierten Unternehmen finden es unbekümmert um Zukünftigkeitsuper, wenn sich immer noch mal neue Märkte auftun, die man mit längst antiquierten Verkehrsmitteln und patentiertem Saatgut fluten kann. Und damit vorhandene Lebens- und Wirtschaftsweisen und das damit verbundene Wissen zum Verschwinden bringt.

Dass wir in einer Gesellschaft leben, in der man darüber hinaus lernt, seinem Wissen nicht zu glauben, hat damit zu tun, dass Macht und Interessen ungleich sind, vor allem aber ungleiche Durchsetzungschancen haben. Denn natürlich haben reiche Gesellschaften, ihre wirtschaftlichen und politischen Eliten, aber auch ihre im Weltvergleich sehr gut gestellten Bewohnerinnen und Bewohner wenig Interesse an Veränderung, wenn sie Geld kostet. Und schon gar kein Interesse haben sie an Störungen ihrer Weltbilder, weshalb sie erheblichen Aufwand treiben, illusionäre Welten aufzubauen.

Für eine Art Wirklichkeitsgymnastik – gegen unser herrschendes Wahnsystem

Gesellschaften unseres Typs und insbesondere die zugehörigen Wirtschaften haben tatsächlich ein Wahnsystem entwickelt, dem die allermeisten zustimmen und das sich durch die ungebrochene Zustimmung weiter und weiter bestätigt. Wer noch nicht dabei ist, kämpft darum, dabei zu sein. Aussteigen aus dem Wahn kann man nur, wenn man einen Betrachterstandpunkt findet, der nicht innerhalb des Wahnsystems liegt, sondern außerhalb. Lassen Sie uns diesen Standpunkt einnehmen und die Sache mit therapeutischem Blick betrachten. Wir sehen die Illusionen, die die Akteure aufrechterhalten, wir sehen die Suchtstrukturen, wir sehen die unablässigen Trainings in Jobs, Werbung, Freizeit, die die Menschen für die Sucht konditionieren. →

Lassen Sie uns das als etwas betrachten, was man therapieren kann. Den Menschen kann geholfen werden, da wieder herauszukommen. Dafür braucht es ein anderes Trainingsprogramm, eine Art Wirklichkeitsgymnastik. Das liegt im Aussteigen aus dem großen Experiment und im Entwerfen anderer, kleinerer Experimente. Solche Erprobungen gelingender Zukunft haben den Realismus auf ihrer Seite: Denn viele von ihnen können ja gelingen, was das große Experiment nicht kann. Deshalb ist es unrealistisch, es fortzusetzen, und realistisch, andere Dinge zu versuchen.

Und noch etwas: Man kann dabei auf vielem aufbauen. Die Vorstellung, man müsse erst mal den Kapitalismus abschaffen, die weltweite Ungerechtigkeit beseitigen, das Klimaproblem lösen, bevor man beginnen kann, Dinge zu verändern, ist komplett blödsinnig. Viel eher kann man den Kapitalismus bändigen, die Ungerechtigkeit abmildern und das Klimaproblem entschärfen, wenn man sich nicht zu viel vornimmt, das dann aber konkret angeht und zur Wirklichkeit werden lässt. Realismus heißt auch: im Rahmen seiner Möglichkeiten und seiner Reichweite Dinge verändern.

In öffentlichen Diskussionen fragt immer jemand: Wollen Sie den Chinesen und den Indern verbieten, sich Autos zu kaufen? Wollen Sie zurück in die Höhle? Brauchen wir eine Ökodiktatur? Das sind Geisterdiskussionen. Wenn Hunderte Millionen Chinesen in die Mittelklasse aufsteigen und die Konsumstile der reichen Länder übernehmen, dann kann ich das nicht ändern. Warum nicht? Weil es die Chinesen nicht interessiert und sie ihre eigene Geschichte machen. Genauso wenig steht es in meiner Macht, die Menschheit zurück in die Steinzeit zu beamen oder die Ökodiktatur einzuführen. Über Dinge zu diskutieren, die niemand veranlassen kann, ist reine Zeitverschwendung. Wohl aber kann man an einem Pfad arbeiten, der vor dem Desaster abbiegt. Das ist ein politisches und kulturelles Projekt, das sich nicht an der naturwissenschaftlichen Mitteilung orientieren kann, dass „wir“ keine Zeit mehr für einen solchen Pfadwechsel haben. Soziale Prozesse haben ihre eigenen Zeitlogiken, die lassen sich nicht wissenschaftlich beschleunigen, auch wenn man es noch so gerne hätte.

Plädoyer für die kleinstmögliche Zustandsveränderung – statt der Großen Transformation

Statt also Menschen damit zu entmutigen, dass es eh zu spät sei, was immer sie auch unternehmen, sollte man sie zur Veränderung gerade anstiften – sie haben ja Handlungsspielräume. Das eigene Handeln muss dafür seinen Bezug im tatsächlich Veränderbaren haben und nicht irgendwo sonst. Wenn es diesen – realistischen – Bezug nicht gibt, führt man jahrelang Geisterdiskussionen, verändert aber währenddessen null Komma gar nichts, und schon überhaupt nicht zum Besseren. Große Utopien sind dagegen gefährlich, wie die Geschichte gezeigt hat, weil es immer Menschen gibt, die sich Beglückungen von oben nicht fügen wollen oder können. Und wenn sie nicht per Staatsstreich, Machtergreifung oder Revolution in die wirkliche Welt übersetzt werden, bleiben sie oft seltsam losgelöst – ein Gedankenspiel im Konjunktiv: Schöner wär's, wenn's schöner wär.

Einer der Begriffe, die in der Gegenwart am meisten falsch verwendet werden, ist der des „Quantensprungs“. Man benutzt diesen Begriff, um anzuzeigen, dass jetzt aber etwas ganz Gravierendes, Disruptives, Grundstürzendes eingetreten ist; auf keinen Fall weniger! In der Quantentheorie bezeichnet dieser Begriff aber die kleinstmögliche Zustandsveränderung, die zu einem „Sprung“ in einem System führt. Physikalisch handelt es sich dabei eher um Überlagerungen von Zuständen und um Übergänge als um Sprünge, weshalb der Begriff dort gar nicht mehr in Gebrauch ist, dafür aber inflationär im Marketing, in der Werbung und in der Politik verwendet wird. Die kleinstmögliche Zustandsveränderung: Das hat doch eine ganz andere Poesie als die „Große Transformation“, die „Große Utopie“, die „Große Revolution“. Sie macht das eigene Handeln angesichts der großen Aufgabe nicht klein; sie entwertet nicht, was man mit begrenzter Reichweite macht, was nicht „skalierbar“ auf Weltniveau ist.

Kleinstmögliche Zustandsveränderung kann jede und jeder, sofern Freiheit und Handlungsspielräume gegeben sind. Und das sind sie. Dafür hat das zivilisatorische Projekt gesorgt, auf dessen Geschichte wir aufbauen können. Wir müssen nicht von vorn anfangen. Wir müssen nur anfangen.

Dafür müssen wir vier Dinge beherzigen.

- Die Verbesserung der Welt kann man nicht delegieren, die muss man selbst machen.
- Im Unterschied zum Kauf einer Ware bekommt man für Weltverbesserungsversuche keine Quittung; man kann sie nicht zurückgeben, wenn sie nicht funktioniert haben.
- Mehrheiten gehen immer mit dem Wind. Sie schließen sich an, wenn man das Richtige überzeugend vorführen kann.
- Um etwas Richtiges überzeugend vorführen zu können, muss man es überzeugend vorführen können.

Das sind die vier Gesetze der modularen Revolution. Was aber heißt „modulare Revolution“? Das Weiterbauen am zivilisatorischen Projekt ist eine kombinatorische Arbeit, keine Revolution – wir bauen ja auf Elementen auf, die – wie Gewaltenteilung, Wahlrecht oder Rechtsstaatlichkeit – bewahrt und nicht verändert oder gar aufgegeben werden sollen.

Deshalb geht es auch um keine „große Transformation“, sondern um ein modulares Projekt aus sehr vielen kleinen Transformationen, die im Idealfall zusammenwirken und konkrete Utopien bilden. Zudem haben uns das 20. Jahrhundert genauso wie technische Großutopien (wie etwa die zivile Nutzung der Atomenergie) gelehrt, dass Masterpläne zur Beglückung der Menschheit in der Regel tödliche Folgen haben. Das zivilisatorische Projekt ist nicht geschlossen, sondern offen, und es hat weder ein vorab fixiertes Endziel noch eine Endlösung. Es muss unter sich verändernden Bedingungen und Anforderungen flexibel weiterbaubar sein, mit Fehlern und Kollateralschäden rechnen, also korrigierbar sein.

Daher darf es, im Unterschied zur alten Moderne, kein Expertenprojekt sein, das technische und wissenschaftliche Eliten entwerfen und das die Politik dann über die Lebenswelt legt, sondern es muss in den Lebenswelten entworfen und erprobt werden. Fünftens überzeugen die einzelnen Entwürfe und Erprobungen nicht dadurch, dass es schön wäre, wenn es sie gäbe, sondern dadurch, dass es sie gibt, dass man sie anschauen, ausprobieren, erleben kann. Die Gesamtheit dieser angewandten „kleinen Transformationen“ oder konkreten Utopien ergibt modulare Revolutionen, ein Mosaik

gelingender Verbesserungen der Welt – eben nicht die Verbesserung der Welt. Und die eine große Utopie wird zur Heterotopie – zu vielen Geschichten an vielen Orten.

Für mehr attraktive Bilder, die an Träume und Geschichten anknüpfen

Das alles ist machbar. Es gibt nur noch ein Problem: Die Utopie bleibt blutleer, wenn sie nicht in ein Zukunftsbild, oder besser: viele Zukunftsbilder übersetzt und anschaulich und damit erstrebenswert wird. Man muss ja dort hinwollen können, und dafür braucht es attraktive, reizvolle, anziehende Bilder und Vorstellungen, die an Träume und Geschichten anknüpfen, die Menschen sowieso haben.

Hier findet sich ein entscheidendes Bewegungsmoment: Dort, wo die Widersprüche zwischen den Selbstansprüchen einer Gesellschaft und ihrer Praxis zu groß werden, entwickelt sich Widerstand. Das ist ein Anknüpfungspunkt für die Politik des Utopischen – in den reichen Gesellschaften am ehesten dort, wo das Ökologische dem Ökonomischen immer nachgeordnet wird und, wie beim Klimawandel, konkrete Überlebensgefährdungen sichtbar und erfahrbar werden. In diese Widersprüche muss man hinein und zeigen, wie es anders geht. In den Formen solchen Widerstands gegen die Fortschreibung des Bestehenden ergibt sich die gelebte Erfahrung von Veränderung – man bewegt sich ja selbst, zusammen mit anderen, und erlebt dabei die Normalgesellschaft von einer neuen Warte aus: Alles könnte anders sein. ←●

LITERATURHINWEISE

Harald Welzer, „Alles könnte anders sein. Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen“, S. Fischer Verlag, 2019.

Dana Giesecke u. a. (Hg.), Welzers Welt. Störungen im Betriebsablauf, Fischer Taschenbuch, 2018.





FOTO: ARISTIDIS SCHNELZER

Maria Heidemann,
Projektkoordinatorin der GfaZ

„Städte sind ein riesiges Labor aus Versuch und Irrtum, Fehlschlag und Erfolg, im Städtebau und in der Stadtplanung.“

JANE JACOBS

Herausgeber: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Deichmanns Aue 31–37, 53179 Bonn

Wissenschaftliche Begleitung: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Referat RS 2 „Stadtentwicklung“, Stephan Willinger, Lisa Schopp, stephan.willinger@bbr.bund.de

Begleitung im Bundesministerium: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Referat SW I 1

Auftragnehmer und Autoren:

Auftragnehmer: Behnken, Becker + Partner GbR, Hohe Bleichen 24, 20354 Hamburg

Autoren: Andreas Beerlage, Mary Dellenbaugh-Losse, Oliver Driesen, Saskia Hebert, Lisa Kräher, Rainer Müller, Olaf Schnur, Lisa Schopp, Harald Welzer, Stephan Willinger

Redaktion:

Redaktion: Behnken, Becker + Partner (Mathias Becker, Andreas Beerlage, Wolfgang Behnken, Oliver Driesen, Lisa Kräher, Rainer Müller)

Lektorat: Andreas Feßer

Stand: August 2021

Gestaltung:

Art-Direktion und Design: Wolfgang Behnken, Alexandra von Béry, Sandra Sodemann

Illustration/Infografik: Alexandra von Béry: S. 40, 41, 94, 95, 144, 145, 194, 195, 226/227; Jelka Lerche: S. 22, 76, 111, 116, 128, 178; Niklas Kühlenborg: S. 105; Philipp Mechsner: Titel, S. 2/3, 12, 18/19, 68, 72/73, 120, 124/125, 170, 174/175, 220, 224/225, 234; Pia Schulze: S. 151

Fotografen: Martin Albermann, Aristidis Schnelzer, Jana Margarete Schuler, Magdalena Vidovic

Lithografie: Alexander Langenhagen (Edelweiss Publish)

Druck: Gutenberg Beuys Feindruckerei GmbH

Bestellungen: nationale-stadtentwicklungspolitik@bbr.bund.de, Stichwort: Pilotquartiere

Bildnachweis: akg/North Wind Picture Archives: 101; Martin Albermann: S. 4, 16, 24–39, 42, 44–61, 63–66; AdobeStock: S. 40, 94, 144, 194; Duygu Atceken: S. 230; Tristan Biere: S. 233; Bilder und Bärte: S. 147; Chancen e.V.: S. 165; Jonas Dengler: Klapper hinten; Miguel Ferraz: Titel, Klapper hinten; Robert Funke: S. 122; Benjamin Grudzinski: S. 106; Hansaforum/Pressebilder: S. 160, 161, 164, 166, 167; Julia Hendrysiak: S. 213; Michael Holz: Klapper hinten; China Hopson: S. 105; Judith Hübner: S. 115; Julia Iwen: Klapper hinten; Linus Kempa: Klapper hinten; Lisa Kräher: S. 197; Sandra Kühnapfel: S. 14; Simona Leyzerovich: S. 200; Sebastian Lock: S. 202; Anthony Lowe: S. 43; Hassan Mahramzadeh: S. 115; Julian Martitz: S. 104, 106; Malina Mauthe: S. 172; Verena Meyer: S. 162; Achim Multhaupt: Klapper hinten; Katrin Oberg: S. 153; Privat: S. 105, 233, Klapper hinten; Kilian Reil: S. 198; Elisa Marie Rose: Klapper hinten; Aristidis Schnelzer: S. 4, 8, 78–93, 96, 99, 100, 102, 103, 107–113, 115–118, Klapper hinten; Jana Margarete Schuler: S. 4, 180–193, 196, 199, 201, 203–207, 209–212, 214–218; Claudia Schuller: S. 208; Jens Steingässer: S. 236; Stocksy: S. 40; Jens Paul Taubert: S. 62; Magdalena Vidovic: S. 4, 130–143, 146, 149–152, 154–159, 163, 168; Anja Weber: S. 222; Mel Wilken: S. 114; Elisa Wrobel: S. 70; Günther Wittmann: Klapper hinten

Nachdruck und Vervielfältigung: Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet. Bitte senden Sie uns zwei Belegexemplare zu.

Der Herausgeber übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen des Herausgebers übereinstimmen.



